

A stylized map of Central America composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are red, highlighting specific countries or regions. The map is positioned in the background behind the title and subtitle.

Costa Rica: Erfolge im Windschatten des Klimawandels

Das Land versucht mit Ökolabel
und Klimaneutralität zu punkten

MICHAEL LANGER
Mai 2012

- Costa Rica gilt aufgrund seiner über 60 Jahre währenden demokratischen Tradition als Stabilitätsinsel in Zentralamerika. Das einst unterentwickelte Agrarland konnte wirtschaftlich stark aufholen.
- Schon früh setzte man auf Wiederaufforstung und die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Eine »nationale Klimastrategie« soll Antworten auf die Bedrohungen durch den Klimawandel liefern.
- Auf dem UN-Nachhaltigkeitsgipfel »Rio+20« im Juni wird Costa Rica die Forderung nach finanzielle Hilfen der Industrieländer unterstützen, aber auch als Mittler zu den Entwicklungsländern auftreten.
- Im Land selbst gilt es, die krassen sozialen Disparitäten zu verringern, um die Effekte des Klimawandels auffangen zu können.

Wenn die Präsidentin der kleinen zentralamerikanischen Republik Costa Rica, die Politologin Laura Chinchilla Miranda, Ende Mai nach Deutschland reist, wird sie mit einem besonders freundlichen Empfang rechnen dürfen. Costa Rica wird nicht nur eine außergewöhnliche Stabilität seines demokratischen Systems zugeschrieben, auch die frühe Prioritätensetzung zugunsten des Bildungs- und Sozialsystems, die Abschaffung der Armee sowie die Einbeziehung von Umwelt- und Klimathemen in die nationalen Entwicklungsstrategien haben dem Land einen Ruf als »wirtschaftsfreundliches Ökoparadies« eingebracht. Die direkt gewählte Präsidentin, seit zwei Jahren im Amt, setzt dabei die Tradition ihrer Vorgänger fort – wie sie selbst zumeist Vertreter der größten Partei des Landes, der *Partido Liberación Nacional* (PLN). Gezielt stellt sich Costa Rica als sicherer Ort für Auslandsinvestitionen und als Vorreiterland beim Einsatz moderner und umweltfreundlicher Technologien dar. Der internationale Tourismusboom hat sich zu einem dynamischen Werbeträger entwickelt und die selbstbewusste Verkündung des nationalen Plans für eine CO₂-neutrale Emissionsbilanz lässt gerade vor dem UN-Gipfel in Rio aufhorchen. Ohne Zweifel kommt mit der höchsten Repräsentantin des Landes eine auch für deutsche Politiker_innen interessante Gesprächspartnerin.

Klimaschutz als Entwicklungsfaktor

Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich in dem einst agrarisch strukturierten Land ein starker Wandel vollzogen. Investitionen in Industrie-, Dienstleistungs- und Bausektoren ermöglichten einen langjährigen Wirtschaftsaufschwung und eine Verdopplung des Sozialprodukts. Die – relativ gute – Versorgung mit sozialer Infrastruktur ließ die durchschnittliche Lebenserwartung auf fast 80 Jahre ansteigen. Über 20 Nationalparks, ein boomender internationaler (Öko-)Tourismus und die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sollen das Gesicht des neuen Costa Rica zeichnen. Der »Pura Vida«-Werbegespräch der nationalen Tourismusbehörde hat sich zur identitätsstiftenden Begrüßungsformel aller »Ticos« gewandelt und vermittelt seinen Verkündern das Gefühl der Souveränität in einer Region instabiler Demokratien und krisengebeutelter Wirtschaften.

Dabei ist eine konsequente Anpassung an und Vorbereitung auf den Klimawandel gerade in Zentralamerika

sinnvoll. Der schmale Isthmus zwischen den Kontinentteilen Amerikas ist durch seine Verwundbarkeit der Küsten, anfällige Landwirtschaft und eine sensible Biodiversität besonders betroffen. Die Auswirkungen von Hurrikans und der zahlreichen sozialen Probleme in den nördlichen Nachbarländern sind auch in Costa Rica zu spüren. Außergewöhnliche Regenfälle oder Trockenperioden ziehen nicht nur Ernteaufschläge oder Wanderungsbewegungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen nach sich. Die verringerten Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen und küstennahen Gebieten bieten einen fruchtbaren Boden für die sich ausbreitende organisierte Kriminalität. Zentralamerika ist dabei längst zur Transitstrecke des Drogenhandels und zum Aktionsraum internationalen Bandenwesens geworden. Obwohl in Costa Rica selbst die staatlichen Strukturen nicht bedroht scheinen, drohen diese Gefahren auch auf Costa Rica, das »Urlaubsparadies Zentralamerikas«, überzugreifen.

Der bereits im Jahr 2006 aufgestellte Nationale Entwicklungsplan sollte daher die Weichen für eine Gegensteuerung stellen. Als innovatives Element dieses Plans galt die »Nationale Strategie gegen den Klimawandel« (<http://www.encc.go.cr>), die auf drei Ebenen ansetzte:

- Leistung eines Beitrags zur Abschwächung des Klimaeffekts (Ziel: Emissionsneutralität bis 2021 durch Ausbau von Wasserkraft und anderen regenerativen Technologien)
- Ausgleich und Anpassung an den Klimawandel (Auf- forschung, Investitionsanreize im Umweltbereich, Steuern und gesetzliche Regelungen)
- Ergänzende Maßnahmen (Kontrollsysteme, Ausbildungsprogramme und Sensibilisierungskampagnen, Technologietransfer)

Die nationale Strategie wird u. a. durch regionale Vereinbarungen im Rahmen des zentralamerikanischen Integrationssystems SICA ergänzt, jedoch vertraut Costa Rica in der Praxis mehr den eigenen Anstrengungen und guten Beziehungen zu den Industrieländern. Erfolgreich wird immer wieder an deren Verantwortung für die Überhitzung des Weltklimas und zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen appelliert. So wurde beim Besuch des deutschen Entwicklungsministers im Januar 2012 die bilaterale Kooperation zu Umwelt- und Klimaproblemen

bekräftigt. Deutschland will Investitionsprojekte von kleinen und mittleren Unternehmen im Umweltbereich sowie zur Erhaltung der Biodiversität mit 34 Millionen Euro unterstützen. Partner sind u. a. die GIZ, lokale Banken und die öffentlich-private Kooperationsplattform BPM (Biodiversity Partnership Mesoamerica).

Costa Rica vor dem UN-Gipfel »Rio+20«

Die Teilnahme an der UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung »Rio+20« (20. bis 22. Juni) könnte auch das innenpolitische Prestige der – von Problemen wie einem hohen Haushaltsdefizit geplagten – Regierung aufbessern. Laura Chinchilla wird die internationale Tribüne zur Imagepflege für ihr eigenes Land nutzen und sich als Mittlerin zwischen den Industrieländern bzw. zu den Entwicklungsländern anbieten. Dem kommt entgegen, dass die renommierte costa-ricanische Umweltexpertin Christiana Figueres als Generalsekretärin der UN-Klimakonvention eine Schlüsselrolle beim Gipfel einnehmen wird.

Die Position der Regierung Chinchilla kann folgendermaßen umschrieben werden: Erstens wird die Anerkennung und Verbindlichkeit internationaler Abkommen gefordert, zweitens die Bedeutung der Millenniumsziele unterstrichen und drittens eine stärkere Unterstützung auch von betroffenen Ländern mittleren Einkommens, z. B. Costa Rica, gefordert, damit diese sich an den Klimawandel anpassen können. Daneben werden die Defizite in der Beurteilung und Implementierung von Vermeidungs- und Anpassungsstrategien beklagt, insbesondere das Fehlen eines einheitlichen internationalen Informationssystems mit Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung und der Anerkennung des sogenannten »Ökokapitals« als volkswirtschaftlicher Wert. Gerade die Entwicklungsländer mit ihrem Ressourcenreichtum und ihrer – teilweise noch vorhandenen – Biodiversität sollten demnach von den ressourcennutzenden Ländern für das Vorhalten bzw. die Schaffung von Ökokapital entschädigt werden. Dabei wird nicht nur die begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, sondern die Form ihrer (exzessiven) Nutzung in Industrie- und Schwellenländern als eines der Haupthindernisse nachhaltiger Entwicklung gesehen.

Zu den Schwerpunktthemen der Konferenz kann Costa Rica einen wichtigen Beitrag leisten. Das Thema »Green Economy im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung« ist längst im Sprachgebrauch der nationalen Politik verankert. Die Umweltpolitiker des Landes kokettieren gerne mit den Erfolgen des Programms zur Besteuerung von CO₂-Emissionen für die Wiederaufforstung, mit der Teilnahme am internationalen Handel von Emissionsrechten oder der Förderung öffentlich-privater Partnerschaften. Bezüglich des zweiten Konferenzthemas, der »Schaffung eines geeigneten institutionellen Rahmens für die nachhaltige Entwicklung« setzt man auf eine stärkere Einbeziehung von internationalen Organisationen wie WTO, FAO und ONUDI, um die Versorgung mit Lebensmitteln oder lebenswichtigen Gütern wie Wasser sichern zu können. Als kleines Land mit einem überproportional großen Küstenanteil und Fischereiwesen leidet Costa Rica unter der Überfischung der Meere.

Trotz allen Lobes für die Klimainitiativen des Landes können der real praktizierte Umweltschutz und die Effizienz des Energieeinsatzes bisher nicht unbedingt als vorbildlich gelten. Das Dilemma vieler dynamischer, weil wirtschaftlich »aufholender« Gesellschaften, wird in Costa Rica ebenfalls deutlich. Ein kaum kontrollierbares Siedlungswesen, erhebliche Defizite im Nahverkehr oder rudimentäre Entsorgungskonzepte für Abfälle führen zu einem allzu verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen. Und hier wird die Regierung Chinchilla wieder von ihren eigenen, nationalen Problemen eingeholt: Der gepriesene Fortschritt kam bisher nur einem privilegierten Teil der Bevölkerung zugute, wie ein Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung von ca. 50 anzeigt. Die Notwendigkeit, Entwicklungsprozess und Lebensstil an die verkündeten Ansprüche anzupassen, stellt eine aktuelle Herausforderung dar, die nur in einem breiten gesellschaftlichen Dialog bewältigt werden kann. Dass dabei der prognostizierte Klimawandel die sozialen Ungleichheiten tendenziell noch vergrößern mag, erscheint gerade in Costa Rica als dringliches Problem, zu dessen Lösung die Entwicklung, Finanzierung und Umsetzung von Anpassungsmechanismen notwendig sind, welche die betroffene Bevölkerung stärker einbeziehen und direkt begünstigen.



Über den Autor

Dr. Michael Langer ist Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Costa Rica, Panama und Nicaragua mit Sitz in San José (Costa Rica).

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dörte Wollrad, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen
info-lak@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.